



Gut 200 Zuhörer waren in die Alte Turnhalle gekommen, um Alexander Graf Lambsdorff zu hören. Dieser stimmte die Liberalen zuversichtlich auf die Bundestagswahl ein. Fotos: Kreutzer (3)

# „2017 wird wichtigstes Jahr für die FDP“

Gestern sprach der Vizepräsident des EU-Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff, beim „Kleinen Dreikönigstreffen“ der Liberalen

Von Stefan Zeeh

**Hirschberg.** Es war ein besonderes „Kleines Dreikönigstreffen“, das die Hirschberg FDP in diesem Jahr in der Alten Turnhalle in Großsachsen veranstaltete. Nicht nur, dass es das dreißigste Treffen dieser Art war, wie Ortsverbandsvorsitzender Andreas Maier den rund 200 Gästen berichtete. Mit dem stellvertretenden Präsidenten des Europäischen Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff, hatte man nach dem FDP-Parteivorsitzenden, Christian Lindner, im vergangenen Jahr zudem erneut einen prominenten FDP-Politiker als Redner gewinnen können. Damit folgte man einer guten Tradition, denn bereits beim ersten Hirschberger Dreikönigstreffen, das damals noch in Leutershausen stattfand, hatte man mit Wolfgang Mischnick den damaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden zu Gast.

Bei aller Tradition zeigte sich die Partei auf die Zukunft ausgerichtet. Für die Zukunft soll der 20 Jahre alte Dennis Nusser stehen, der im Wahlkreis Heidelberg für die FDP als Bundestagskandidat antritt. Für ihn war nach dem Brexit oder der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten klar, warum er Politik macht: „Wir dürfen Deutschland nicht den Populisten von rechts oder links überlassen“, so Nusser.

Gleichzeitig bemängelte er eine reine „Symbolpolitik“. Regierung und Opposition im Bund würden Mut und Ideen feh-

len: „Man verteidigt den Rechtsstaat nicht, indem man gegen seine Prinzipien verstößt“, sagte Nusser angesichts der Vorschläge aus der CDU und CSU, die doppelte Staatsbürgerschaft abzuschaffen oder die Schweigepflicht von Ärzten aufzuweichen. „Unserer Polizei wird nicht zugetraut, dass sie im Sinne der Bürger



Eintrag ins Goldene Buch der Gemeinde: Alexander Graf Lambsdorff mit (v. l.) Dennis Nusser, Christian Würz und Andreas Maier.

handelt“, warf Nusser auch einen Blick auf die Kritik an dem Vorgehen der Polizei in der letzten Silvesternacht in Köln mit verstärkten Personenkontrollen bei Personen nordafrikanischer Herkunft. So dürfe es nicht sein, dass die Polizei für ihr richtiges Handeln angegangen wird.

„Wir müssen nach vorne schauen“, forderte ebenso Alexander Graf Lambsdorff.

Keine leichte Aufgabe, war doch das Jahr 2016 mit dem Tod von Guido Westerwelle, Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Hildegard Hamm-Brücher für die FDP ein Jahr der Trauer. Trotzdem gehe die Partei in dieses Jahr mit einem relativ großen Zuspruch, auch von Seiten, die sie sonst gerne kritisierten. Den Grund dafür sah Lambsdorff in der Entwicklung seiner Partei nach der Bundestagswahl 2013, bei der die FDP nicht wieder an das Parlament einziehen konnte. Damals habe es geheißen, die FDP müsse sich mehr zur politisch rechten Seite hin entwickeln. Doch die FDP habe „Charakter gezeigt“ und sei dieser populistischen Strömung nicht gefolgt. Denn „eine liberale Partei muss weltoffen sein“, wusste Lambsdorff.

Weltoffenheit forderte der FDP-Politiker ebenso beim Thema Wirtschaftspolitik. So brauche Deutschland als Exportweltmeister offene Märkte, um seine Waren und Dienstleistungen abzusetzen. Deshalb seien Freihandelsabkommen wie CETA mit Kanada wichtig, und Deutschland benötige weitere Handelsabkommen.

Gleichzeitig brauche das Land Wirtschaftswachstum, denn dies sei eine Voraussetzung dafür, dass der soziale Zusammenhalt funktioniere. Hier stelle die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche eine große Herausforderung dar. Da reiche es nicht wie von der Bundesregierung vorgeschlagen, das Kupferkabelnetz zu modernisieren. Ein Glasfasernetz müsse in den Städten und im länd-

lichen Raum geschaffen werden. „Wir liegen beim Thema Glasfasernetzausbau noch hinter Rumänien“, zog der Europapolitiker einen Vergleich mit einem der wirtschaftlich schwächsten Länder innerhalb der EU.

Angesichts der Vorgehensweise des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Syrien oder bei der Annexion der Krim sowie der Entwicklung in der Türkei, die sich „auf dem Weg in eine Diktatur“ befinde, forderte Lambsdorff außerdem: „Wir brauchen jemanden, der Entspannungspolitik kann.“ Das bedeute aber keinesfalls, dass Deutschland aus der NATO oder der EU austreten solle. Denn Entspannungspolitik funktioniere nur auf einem festen Fundament, das diese beiden Organisationen böten.

„Ich glaube nicht, dass ein solches Land in die EU gehört“, befand Lambsdorff zudem mit Blick auf die politische Entwicklung in der Türkei. Jedoch bedeute dies nicht, dass man der Türkei den „Rücken zukehren“ solle. Man könne mit der Türkei immer noch über eine Zollunion reden, genauso wie über die Flüchtlingsproblematik.

„2017 wird das wichtigste Jahr für die FDP“, sah Lambsdorff der kommenden Bundestagswahl schließlich durchaus positiv gestimmt entgegen. Angesichts des Aufschwungs populistischer Parteien in Europa gehe es dabei jedoch um die Zukunft der liberalen Philosophie in Deutschland und Europa.